

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 18. Juni 2024 in Lutherstadt Wittenberg**

Beschluss

TOP 6 Vielfaltssicherung in der lokalen und regionalen Berichterstattung

Das Medienumfeld wandelt sich durch Digitalisierung, was Chancen und Herausforderungen für lokale Berichterstattung bringt. Wirtschaftliche Modelle und Regulierungen müssen neu gedacht werden, da große Plattformen dominieren und lokale Medien ums Überleben kämpfen. Gleichzeitig bergen Algorithmen und Künstliche Intelligenz Risiken für die Meinungsbildung. Lokale Medien sind wichtig für den gesellschaftlichen Diskurs und die demokratische Teilhabe, was durch Studien belegt wird. Die ostdeutschen Länder bemühen sich um die Unterstützung lokaler Medien und betonen die Bedeutung der Pressevielfalt, besonders in ländlichen Regionen. Der Bund und die Länder sollten Maßnahmen ergreifen, um die Vielfalt der Berichterstattung langfristig zu sichern und Modelle zu entwickeln, die aufgrund von Synergien dazu beitragen, die Beitragsstabilität langfristig zu sichern. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen vor diesem Hintergrund folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bekräftigen, dass freie und vielfältige sowie lokal und regional ausdifferenzierte Medien von zentraler Bedeutung sind. Dies gilt nicht nur für das gesellschaftliche Zusammenleben, sondern vor allem für den aus möglichst vielen und unterschiedlichen Perspektiven gespeisten Meinungsbildungsprozess, der Demokratie erst möglich macht. Sie erneuern ihr Bekenntnis zur Stärkung der lokalen und regionalen Medienvielfalt, die aufgrund von digitaler Transformation und verändertem Mediennutzungsverhalten gefährdet ist.
2. Vor diesem Hintergrund setzen sich die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder für ein zukunftsfähiges Medienkonzentrationsrecht ein, das auch Maßnahmen zur Vielfaltssicherung in Ländern ohne Regionalfenster umfasst. In diesen Prozess sollen die Regionalfenster veranstaltenden Unternehmen ebenso einbezogen werden wie neue maßgebliche Plattformen für regionale und lokale Inhalte, wie z. B. Medienplattformen und –intermediäre.

3. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bekräftigen ihren Beschluss vom 2. Juni 2021 und fordern insbesondere die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten weiterhin zu verstärkt regionaler Berichterstattung aus den ostdeutschen Ländern auf. Hierbei sind die Geschäftsmodelle lokaler und regionaler Presseunternehmen und Rundfunkveranstalter zu berücksichtigen und Kooperationsmöglichkeiten mit diesen zu nutzen.
4. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen dringenden Handlungsbedarf bei der Erschließung zukunftsfähiger Geschäfts- und Finanzierungsmodelle, um verlässliche Rahmenbedingungen für private lokale und regionale Medienangebote zu schaffen. Die Länder unterstützen den Prozess, indem sie eigene Fördermöglichkeiten prüfen sowie bestehende Förderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten verstetigen oder ausbauen.
5. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist die flächendeckende Presseberichterstattung stark gefährdet. Im Interesse aller Länder und des Bundes gilt es, Pressevielfalt zu erhalten und Konzentrationsprozessen entgegenzuwirken. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erwarten daher eine gemeinsame Strategie zum Erhalt der Pressevielfalt auf allen Ebenen. Sie bekräftigen ihre Forderung an den Bund, seine Verantwortung wahrzunehmen und im Rahmen seiner Zuständigkeit die Pressezustellung und Digitalisierung der Presseunternehmen zu fördern. Von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erwarten sie, dass sie in ihren Internetangeboten die berechtigten Interessen der lokalen und regionalen Presseunternehmen berücksichtigen.